

**Michael C. Burda**

## **DIE DEUTSCHE WIEDERVEREINIGUNG ALS ÖKONOMISCHE HERAUSFORDERUNG**



**Michael C. Burda**, US-amerikanischer Staatsbürger, hat seit 1993 den Lehrstuhl für Wirtschaftstheorie an der Humboldt-Universität zu Berlin inne. Seit 1990 liegt sein Forschungsschwerpunkt, neben der Makroökonomie und der Arbeitsmarktökonomik, bei der volkswirtschaftlichen Integration Europas.

Trotz der allgemeinen Stimmung des Überschwangs und Übermuts nach der Wende hat Hans-Werner Sinn eine eher nüchterne Frage bemüht: »Wie können 17 Millionen Bürger der ehemaligen DDR den Lebensstandard der alten Bundesrepublik erreichen, ohne das Erfolgsmodell Deutschland zu gefährden?« Aber nicht einmal Hans-Werner hätte die massive Herausforderung vorhersehen können, die die deutsche Wiedervereinigung für die moderne Wirtschaftstheorie und den deutschen Wohlfahrtsstaat darstellen würde.

Das mit seiner Frau Gerlinde verfasste Buch *Kaltstart* schilderte bereits 1991 diese Probleme mit Sorgfalt und Sachlichkeit. Sinns gingen zu Recht davon aus, dass die realwirtschaftlichen Fundamente für eine sofortige Konvergenz der Ost-West-Lebensstandards nicht gegeben waren. Ein politisch bestimmter 1:1-Umtauschkurs für die Ost-Mark ließ die Industrieproduktion innerhalb von zwei Jahren um zwei Drittel schrumpfen. Den stichhaltigen Beweis

für die fehlende Wettbewerbsfähigkeit der ostdeutschen Wirtschaft lieferte George Akerlof bereits 1990: Die vom DDR-Handelsministerium errechneten »Richtkoeffizienten«, die den Wert der Exporte in Ost-Mark abbildeten, um eine Deutsche Mark zu erwerben, lagen im Schnitt bei 4,0. Folglich war kaum ein ostdeutsches Kombinat wettbewerbsfähig. Für den Aufbau marktfähiger Unternehmen mit produktiven Mitarbeitern brauchte die ostdeutsche Wirtschaft massive Transfers an Sachkapital und technischem Wissen.

Sinns zeigten mehrere Nebenbedingungen auf, an denen die Transformation krankte. Die rasche Privatisierung der ostdeutschen Wirtschaft war unabdingbar; ein »dritter Weg« hätte zur Aufschiebung der nötigen Umstrukturierungen geführt und dadurch Dauertransfers verursacht. Die Überführung des ostdeutschen Kapitalstocks in Privatbesitz scheiterte gleichwohl am maroden Kapitalstock, an den starken Lohnerhöhungen und an der schwachen Ren-

tabilität der zu privatisierenden Betriebe. Letztere war deutlich an den geringen Privatisierungserlösen abzulesen. Dennoch wurde die Transformation maßgeblich durch die Ansprüche der ostdeutschen Bevölkerung bestimmt. Die neuen Bundesbürger hatten die Freiheit, ihren Wohn- und Wirkungsort selbst zu wählen, und machten von dieser Option stark Gebrauch. Junge, gut ausgebildete und ambitionierte Mitarbeiter verließen ihre Firmen, die wiederum gezwungen wurden, die Löhne zu erhöhen und die Rentabilität neuer Investitionen zu schmälern. Die Gewerkschaften haben diese Forderungen vorangetrieben. Ohne Widerstand der Arbeitgeberseite stieg der Durchschnittslohn in den Jahren nach der Wiedervereinigung auf 75–85 % des Westniveaus.

Das Ehepaar Sinn hat mit finanzwissenschaftlicher Stringenz mehrere wirtschaftspolitische Vorschläge unterbreitet, die leider zu häufig von westdeutschen Partikularinteressen abgelehnt wurden. Um die Effekte der realen Abwertung abzufedern, brachten Sinns einen befristeten Mehrwertsteuererlass ins Spiel. Um die auf unvollständige Märkte zurückzuführenden Liquiditätsengpässe aufzuheben, befürworteten sie verschiedene Privatisierungsmodelle, die die Eigentümerrechte direkt in die Hände der Ostdeutschen gegeben hätten. Versteigerungen mit internationalen Bietern hätten zu marktgerechteren Preisen geführt; die Streuung von Staatsbesitz unter die Bevölkerung – vor allem Wohneigentum – hätte den Augenschein der Ausplünderung vermieden. Während sich Sinns stark für Subventionen für beschäftigungsfreundliche Anlageninvestitionen aussprachen, entschied sich die Bundesregierung stattdessen für einen massiven Ausbau der Steuersubventionen für Bauinvestitionen, was den Bausektor aufblähte und die Verteilungsproblematik zwischen Ost und West verschärfte.

Folgerichtig haben Sinns die Rolle des 1:1-

Umtauschkurses heruntergespielt. Ein günstiger Wechselkurs hätte die ostdeutsche Industrie zwar kurzfristig vor dem Aus gerettet, die Migration aber verstärkt und überdies die unverzichtbare Umstrukturierung der Wirtschaft hinausgeschoben. Einen Aspekt der Wiedervereinigung hat Hans-Werner Sinn allerdings verkannt: Nicht die von ihm angeprangerten Gewerkschaften oder staatlichen Arbeitgeber, sondern die hohe Arbeitskräftemobilität stellte die wesentliche Begleitmusik dar. Die Ostdeutschen waren vom Schicksal der niedrigen Löhne und des »organischen Wachstums« befreit und hatten hohe Opportunitätskosten des Bleibens: die Einkommensmöglichkeiten im Westen. Im Vergleich war die Mobilität des Sachkapitals eher bescheiden. Die ungezügeltere Abwanderung hätte zweifelsohne zur Umwandlung Ostdeutschlands in einen riesigen Nationalpark geführt und zwang die Politik zum Handeln. Die hohen Löhne waren eine unausweichliche Folge der liberalen Wirtschaftsordnung, die sich die Ostdeutschen unter den Nebenbedingungen der Wiedervereinigung selbst gewünscht hatten. Wie bei der Euroeinführung setzte sich das politische Primat gegen die ökonomische Rason durch.

Wie kaum ein anderer hat Hans-Werner Sinn die deutsche Wiedervereinigung und die Integration der beiden Teile Deutschlands als ökonomisches und wirtschaftspolitisches Thema erkannt. Auch wenn die vollständige Integration Ostdeutschlands ein Vierteljahrhundert nach der Wende noch ausbleibt, prägen Hans-Werner Sinns Botschaften die Diskussion um den Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft. Mögliche Zukunftsprojekte wie die Wiedervereinigung Koreas oder der Umbau von planwirtschaftlich aufgestellten Ländern in Asien und Lateinamerika würden sehr von seiner Analyse der deutschen Erfahrungen profitieren.